



**Projektland: Israel,
Palästinensische Gebiete**

Quartal/Jahr: Januar bis März 2010

Schlagzeilen:

- Spannungen in den israelisch-amerikanischen Beziehungen
- Israelischer Ministerpräsident Netanyahu versucht erfolglos, die Wogen zu glätten
- Palästina nutzt die außenpolitische Schwächung: Bekanntgabe des Zeitpunktes der geplanten Ausrufung des Staates Palästina

Lange Zeit galten die Beziehungen zu den USA in Israel als unerschütterlich und ewig. Viele hielten Israel für eine Art überseeischen Bundesstaat – und das war nicht nur ironisch gemeint. Doch schon mit Beginn der Amtszeit des neuen amerikanischen Präsidenten Obama zeichneten sich feine Risse im Gebäude der Beziehungen ab. Dass Präsident Obama seine erste Rede in der Region nicht in Israel sondern in Ägypten gehalten hat, wurde von vielen als Zeichen gewertet, dass die Unterstützung Amerikas sich nicht mehr von selbst verstand.

Die auch außerhalb Israels weit verbreitete Vorstellung von der unbedingten amerikanischen Unterstützung jeder israelischen Politik ist im Grunde unhistorisch. Zu Beginn der Existenz Israels waren die USA sehr zurückhaltend. Der erste Staat, der das neu proklamierte Israel anerkannt hat, war die Sowjetunion, nicht etwa die USA. Die fürchteten eine Beeinträchtigung ihrer Interessen im Nahen Osten, die vor allem wirtschaftlicher Natur waren, also Rücksicht auf die arabischen Ölländer zu nehmen hatten.

Als Ägypten mit Beginn der 60er Jahre des letzten Jahrhunderts sich mehr und mehr unter sowjetischen Einfluss begab, nicht zuletzt weil die Sowjetunion anders als die westlichen Länder mit Ingenieuren und mit kräftiger finanzieller Unterstützung den Bau des Assuanstaudamms unterstützte, suchten die USA einen verlässlichen geostrategischen Partner in der Region, den sie in Israel fanden. Die enge amerikanisch-israelische Zusammenarbeit einschließlich militärischer Hilfen ist heute genauso wie damals der amerikanischen Interessenlage geschuldet.

Diese Allianz wurde erschüttert, als ausgerechnet während des Besuchs des amerikanischen Vizepräsidenten Josef Biden in der Region das israelische Innenministerium bekannt gab, dass in dem Jerusalem Stadtteil Ramat Shlomo 1600 neue Wohnungen gebaut würden. Für die israelische Regierung (und auch für die meisten Israelis) ist Ramat Shlomo ein Stadtteil Jerusalems wie andere, und Jerusalem ist die Hauptstadt Israels. Für fast den ganzen Rest der Staatenwelt aber ist es ein Teil des Gebietes, das von Israel nach dem Krieg von 1967 annektiert wurde, so wie zum Beispiel auch der Golan und - stillschweigend aber faktisch - Teile der Westbank. Die internationale Gemeinschaft hat diesen Schritt Israels nie anerkannt, aber – ebenfalls faktisch – geduldet. Aber die überwiegende Mehrzahl der diplomatischen Vertretungen hat ihren Sitz nicht in Jerusalem.

Während bisherige amerikanische Administrationen die Differenz in den Rechtsauffassungen nicht betont, ja eher vernachlässigt haben, hat Präsident Obama den Stopp des Siedlungsbaus in den besetzten Gebieten zu einer zentralen Forderung gemacht. Und zu den besetzten Gebieten zählt seine Regierung offensichtlich auch die annektierten Teile des heutigen Jerusalems.

Ob die Veröffentlichung des Innenministeriums genau zu diesem Zeitpunkt nun eine Panne oder gezielte Provokation war, darüber waren sich wie üblich die Kommentatoren nicht einig. Die amerikanische Regierung jedenfalls reagierte mit scharfem Protest. Die amerikanische Außenministerin Clinton kanzelte den israelischen Ministerpräsidenten Netanyahu wie einen Schulbuben ab, so beurteilte das die israelische Presse. Die Medien wurden von amerikanischer Seite sofort informiert und zwar am Freitagabend, also zu einem Zeitpunkt, an dem Netanyahu sich wegen des Shabbats kaum wehren konnte. Umso erstaunlicher ist es, dass nach einer Umfrage der Zeitung Ha Aretz eine sehr große Mehrheit der Israelis Obama nicht für unfair hält, und schon gar nicht für antisemitisch, wie reflexartig einige gleich gemutmaßt haben.

Der israelische Ministerpräsident Netanyahu versuchte, die Wogen zu glätten. In Telefonaten mit europäischen Regierungschefs, darunter auch Bundeskanzlerin Merkel, wollte er sich Rückenstärkung einholen, aber ungeschickter Weise wurde auch das schnell in der Presse bekannt, zum Teil auch wieder in Darstellungen, die mit denen der angerufenen Regierungschefs nicht voll übereinstimmten. In den USA konnte Netanyahu bei einem schon länger geplanten Besuch keine Beruhigung erreichen. Er wurde zwar von Obama empfangen, aber die sonst übliche gemeinsame Erklärung vor der Presse unterblieb – eine deutliche diplomatische Geste.

Diese überdeutliche Schwächung der Regierung Israels blieb erwartungsgemäß auch in der Auseinandersetzung mit dem Konfliktgegner Palästina nicht folgenlos. Die Regierung in Ramallah sieht sich gestärkt in ihrer Haltung, nur dann die Verhandlungen wieder aufzunehmen, wenn Israel einen Siedlungsstopp verkündet. Sie weiß mehr und mehr auch die internationale Öffentlichkeit auf ihrer Seite. Die Forderung nach Siedlungsstopp ist seit dem Abbruch der Verhandlungen immer wieder erhoben worden. Sie war allerdings keine Vorbedingung bei den Verhandlungen mit der Regierung Olmert, Netanyahus Vorgängerregierung. Die Regierung Netanyahus sieht sich auch deshalb innenpolitisch in Argumentationsnot, weil sie mehr Vorleistung erbringen müsste als ihre Vorgängerin. Und im Moment gibt es für sie – jenseits außenpolitischer Rücksichten – überhaupt keine Notwendigkeit für Verhandlungen.

Der Status Quo droht zu verfestigen. Eine geringfügige aber bemerkbare Verbesserung der wirtschaftlichen Lage in der Westbank hat auch dort zu einem Nachlassen des Druckes geführt, Kompromisse schon vor der Wiederaufnahme von Verhandlungen zu machen. Im Gegenteil: Die außenpolitische Schwächung der israelischen Regierung wurde von Salam Fayyad, dem Ministerpräsidenten der Palästinensischen Autonomiegebiete, geschickt ausgenützt. Schon lange hatte er erklärt, in naher Zukunft einseitig den Staat Palästina auszurufen zu wollen. Nun nannte er, zur Unterstreichung der Festigkeit dieser Absicht, auch gleich ein Datum, nämlich August 2011.

Wenn einer solchen Deklaration die Anerkennung durch eine große Zahl von Staaten folgen würde, und inzwischen rechnen viele in Israel damit, dass das so sein wird, dann würde das die Verhandlungsposition des Staates Israel deutlich schwächen. Denn dann stünden sich – zumindest rechtlich – zwei souveräne Völkerrechtssubjekte gegenüber. Die militärische Besetzung des Völkerrechtssubjektes Palästina hätte eine andere Qualität als die jetzige Form der Besetzung eines Gebietes, dessen Rechtslage als ungeklärt gilt. Blockaden gegen den Staat Palästina etwa können dann als aggressiver Akt gewertet werden. Und vor allem die Frage, welchen Status die jüdischen Siedler innerhalb des Staatsgebietes Palästinas

haben, würde in einem anderen Licht diskutiert werden; sie wären dann möglicher Weise Ausländer, über deren Wohnrecht verhandelt werden müsste.

In Israel wurde die Erklärung Fayyads eher als Drohung denn als ernste politische Absichtserklärung wahrgenommen, aber eine Drohung, die angesichts der gegenwärtigen Schwächung ernst genommen werden muss.

Herausgeber: Christian J. Hegemer, Leiter IBZ
Autor: Dr. Rudolf Sussmann
Lazarettstr. 33 – 80636 München –
Tel.: +49 (0)89 1258-0 – FAX: +49 (0)89 1258-359
E-Mail: GRUNDSATZREFERAT@HSS.DE – Homepage: WWW.HSS.DE
Erstellt am: 10.04.2010